

Claudia Kemfert

Generationengerechtigkeit in der Klimapolitik

Generationengerechtigkeit ist zu einem zentralen Leitprinzip der Klimapolitik geworden. Sie verbindet normative, rechtliche und ökonomische Perspektiven zu einer fairen Verteilung von Freiheitsräumen, Lasten und Chancen zwischen heutigen und zukünftigen Generationen. Generationengerechtigkeit ist dabei kein moralisches Postulat, sondern ein verfassungsrechtlich verankertes und ökonomisch begründetes Handlungsgebot. Am Beispiel Deutschlands wird analysiert, inwiefern politische und fiskalische Mechanismen geeignet sind, intertemporale Verantwortung zu sichern. Generationengerechte Klimapolitik erscheint dabei nicht als Verzichtsprogramm, sondern als ökonomisch rationale Investition in die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Klimakrise ist mehr als ein ökologisches Problem – sie stellt eine grundlegende Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit dar. Nicht nur zwischen Staaten oder sozialen Gruppen, sondern vor allem zwischen Generationen entscheidet sich, wer die Lasten und wer die Chancen des Wandels trägt. Klimapolitik ist somit eine Verteilungspolitik über Zeiträume hinweg. Die Entscheidungen, die gegenwärtig getroffen oder unterlassen werden, bestimmen über die Freiheitsräume, Wohlfahrt und Sicherheit künftiger Generationen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 hat diesen Zusammenhang juristisch verankert. Es betont, dass der Staat die Freiheit künftiger Generationen schützen und Klimaschutzmaßnahmen so gestalten müsse, dass die nachfolgenden Jahrgänge nicht unverhältnismäßig belastet werden (BVerfG, 2021). Damit wurde die bislang vor allem moralisch geführte Debatte um Generationengerechtigkeit in den Rang einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung erhoben.

Auch aus ökonomischer Perspektive ist Generationengerechtigkeit mehr als eine ethische Maxime. Sie betrifft die intertemporale Allokation von Ressourcen und Emissionsrechten sowie die Frage, wie Wohlstand, Kosten und Risiken fair über die Zeit verteilt werden können. Zahlreiche Analysen belegen, dass die Kosten des Nichthandelns die Aufwendungen für entschlossenes Handeln bei Weitem übersteigen (Stern, 2007; Kemfert, 2025). Klima-

schutz heute ist daher kein moralischer Luxus, sondern ökonomisch geboten, um zukünftige Wohlstandsverluste zu vermeiden.

Normative Fundierung und ökonomische Grundlagen

Das Konzept der Generationengerechtigkeit hat seine Wurzeln in der politischen Philosophie. John Rawls (1971) formulierte das Prinzip, dass eine gerechte Gesellschaft so eingerichtet sein müsse, dass Menschen ihr auch dann zustimmen würden, wenn sie nicht wüssten, welcher Generation sie angehören. Diese normative Idee wurde von Ökonomen und Ökonomen wie Robert Solow (1993) und John Hartwick (1977) in ökonomische Modelle übersetzt: Nachhaltigkeit bedeutet demnach, dass jede Generation der nächsten mindestens denselben Bestand an Natur-, Sach- und Humankapital hinterlässt, den sie selbst nutzt. Dieses „Hartwick-Prinzip“ bildet bis heute den Kern vieler Nachhaltigkeitsindikatoren, etwa der Weltbank-Messung des „Genuine Savings“ (Hamilton & Clemens, 1999).

Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin und Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität, und sie ist Co-Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU).

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Zentral in der ökonomischen Debatte ist die Frage der zeitlichen Diskontierung. Sie bestimmt, welchen Wert zukünftige Kosten und Nutzen in heutigen Entscheidungen erhalten. Eine hohe Diskontrate privilegiert die Gegenwart, während eine niedrige oder fallende Diskontrate die Gleichwertigkeit künftiger Generationen anerkennt. Nicholas Stern (2007) wählte in seinem Gutachten bewusst einen niedrigen Satz, um diese moralische Gleichstellung zu betonen; William Nordhaus (2008) argumentierte hingegen, reale Marktpreferenzen rechtfertigten höhere Werte. Neuere Analysen empfehlen „declining discount rates“, die über die Zeit sinken und so die wachsende Unsicherheit über ferne Zukunftsereignisse berücksichtigen (Arrow et al., 2013).

Sowohl ökonomisch als auch ethisch steht fest: Wer heute Emissionen verursacht, reduziert die Freiheitsräume von morgen. Intertemporale Externalitäten erfordern eine kollektive Antwort – in Form politischer Institutionen, die Verantwortung über Legislaturperioden hinaus sichern. Generationengerechtigkeit wird so zum verbindenden Prinzip zwischen normativer Ethik, Rechtsstaatlichkeit und ökonomischer Rationalität.

Generationengerechtigkeit in der deutschen Klimapolitik

In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist Generationengerechtigkeit seit 2002 als Leitprinzip verankert; erst das Klimaschutzurteil von 2021 verlieh ihr jedoch konkrete rechtliche Durchsetzungskraft. Das überarbeitete Klimaschutzgesetz von 2021 setzt ambitionierte Minderungsziele bis 2045 fest, bleibt laut Analysen des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU, 2023) aber strukturell gegenwartszentriert: Es bewertet kurzfristige Kosten stärker als langfristige Risiken und verschiebt so Lasten in die Zukunft.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen betonte in seinem Sondergutachten *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen* (SRU, 2019), dass demokratische Systeme nur dann dauerhaft legitim bleiben, wenn sie ökologische Tragfähigkeitsgrenzen institutionell absichern. Klimaschutz wird damit zu einem Element demokratischer Verantwortung. Eine Politik, die ökologische Grundlagen ignoriert, gefährdet nicht nur Umweltziele, sondern die eigene Legitimität.

Auch in der Finanz- und Investitionspolitik zeigt sich das Spannungsfeld zwischen Gegenwarts- und Zukunftsorientierung. Die Schuldenbremse begrenzt öffentliche Investitionen, obwohl deren Unterlassung langfristig weitaus höhere Kosten verursacht. Eine „goldene Regel“ öffentlicher Finanzen, wonach Kredite ausschließlich für

zukunftsgerichtete Investitionen genutzt werden dürfen, wäre ein Instrument, um intergenerationale Fairness fiskalisch abzusichern (Bardt et al., 2022).

Trotz ambitionierter Ziele stagniert der reale Fortschritt. Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch wächst nur langsam, die Wärmewende bleibt unvollständig, und der Verkehrssektor verfehlt regelmäßig seine Klimaziele. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass spätere Generationen unter schärferen Restriktionen und höheren Anpassungskosten leiden werden. Generationengerechtigkeit verlangt daher nicht nur neue Ziele, sondern vor allem institutionelle und ökonomische Mechanismen, die deren konsequente Umsetzung gewährleisten.

Dimensionen intergenerationaler Gerechtigkeit

Generationengerechtigkeit ist ein vielschichtiges Konzept, das ökologische, ökonomische, technologische, institutionelle und globale Aspekte miteinander verbindet. Diese Dimensionen stehen in enger Wechselwirkung zueinander und bilden gemeinsam den normativen und analytischen Rahmen einer nachhaltigen Klimapolitik.

Die ökologische Dimension bildet den Ausgangspunkt. Ohne die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen verliert jede Diskussion über intertemporale Fairness ihre Grundlage. Der Schutz planetarer Grenzen (Rockström et al., 2009) ist deshalb keine freiwillige Option, sondern die Voraussetzung für das Fortbestehen ökonomischer und sozialer Systeme. Der Weltklimarat (IPCC, 2023) belegt, dass bereits eine Erwärmung um 1,5° C die Wahrscheinlichkeit irreversibler Kipppunkte erheblich erhöht. Werden zentrale Ökosysteme – etwa das arktische Meer eis, die borealen Wälder oder die Korallenriffe – überschritten, entstehen Schäden, die künftige Generationen nicht mehr kompensieren können. Nachhaltige Klimapolitik bedeutet daher, den Bestand an Naturkapital zu erhalten oder durch gleichwertige Substitution zu ersetzen (Hamilton & Clemens, 1999).

Die ökonomische Dimension verweist auf die intertemporale Allokation von Wohlstand, Ressourcen und Risiken. Jede Generation steht vor der Aufgabe, künftige Wohlfahrt nicht durch kurzfristige Nutzenmaximierung zu gefährden. Ökonomische Modelle zeigen, dass die Kosten unzureichenden Klimaschutzes exponentiell steigen und weit über den Aufwand präventiver Maßnahmen hinausgehen (Burke et al., 2015; Stern, 2007). Neuere empirische Arbeiten des DIW Berlin belegen, dass sich präventiver Klimaschutz als klarer volkswirtschaftlicher Vorteil erweist: Schon eine moderate CO₂-Bepreisung, flankiert von Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare

Energien, führt langfristig zu höheren Wachstumsraten und stabileren Beschäftigungseffekten (Kemfert, 2025). Generationengerechtigkeit ist damit nicht bloß ein ethisches Postulat, sondern auch ein makroökonomisch rationales Investitionsprogramm.

Die technologische Dimension betont die Bedeutung von Innovationspfaden. Investitionen in fossile Infrastrukturen führen zu sogenannten carbon lock-ins (Unruh, 2000), die künftige Generationen durch hohe Fixkosten und technologische Pfadabhängigkeiten binden. Dagegen schafft ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien, Speicher- und Netztechnologien Freiheitsräume für Innovation und Wohlstand. Aghion et al. (2016) zeigen, dass gezielte industriepolitische Förderung grüner Technologien Lernkurven beschleunigt und Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Auch die institutionelle Dimension ist zentral. Zukünftige Generationen haben keine politische Stimme; ihre Interessen können nur durch Institutionen repräsentiert werden, die Verantwortung über Legislaturperioden hinaus sichern. Das SRU-Sondergutachten Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen (2019) weist darauf hin, dass demokratische Legitimität künftig nur gewahrt bleibt, wenn politische Systeme ökologische Grenzen institutionell verankern. Zukunftsräte, Nachhaltigkeitsbeiräte oder Ombudsstellen – wie sie in einigen EU-Ländern erprobt werden – können langfristige Perspektiven in Entscheidungsprozesse integrieren (Tremmel, 1996).

Schließlich besitzt Generationengerechtigkeit eine globale Dimension. Der Klimawandel betrifft alle Generationen, aber nicht alle im gleichen Maße. Industrieländer tragen historisch die Hauptverantwortung für Emissionen, während Entwicklungsländer die schwersten Folgen tragen. Caney (2014) spricht in diesem Zusammenhang von einer double inequity – einer doppelten Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd sowie zwischen Gegenwart und Zukunft. Intergenerationale Fairness erfordert daher globale Kooperation, Technologietransfer und faire Finanzierungssysteme, um gemeinsame Verantwortung herzustellen.

Messung und Indikatoren

Die Messung intergenerationaler Gerechtigkeit stellt eine methodische Herausforderung dar, weil normative und empirische Dimensionen ineinandergreifen. Klassische Indikatoren wie der „Genuine Savings“-Index der Weltbank (Hamilton & Clemens, 1999) messen, ob der Gesamtbestand an Kapital – inklusive Natur- und Humankapital – zunimmt oder abnimmt. Negative Werte

deuten darauf hin, dass gegenwärtiger Konsum auf Kosten künftiger Generationen erfolgt.

Das Konzept des Inclusive Wealth (UNU-IHDP, 2018) erweitert diesen Ansatz, indem es soziale Kohäsion, institutionelle Stabilität und Bildung berücksichtigt. Dadurch wird deutlich, dass Generationengerechtigkeit nicht allein an CO₂-Reduktionen messbar ist, sondern auch an der Fähigkeit einer Gesellschaft, langfristige Resilienz und Innovationskraft zu sichern. Edenhofer und Jakob (2017) argumentieren, dass Nachhaltigkeitsindikatoren stärker auf Freiheitsräume und Budgetrestriktionen ausgerichtet sein sollten, um intertemporale Lasten sichtbar zu machen. CO₂-Budgetmodelle, wie sie im Weltklimarat (IPCC, 2023) verwendet werden, ermöglichen eine quantitative Bewertung, wie heutige Emissionen den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen einschränken.

Politikstrategien für Generationengerechtigkeit

Generationengerechte Klimapolitik verlangt ein kohärentes Zusammenspiel aus ökonomischen, fiskalischen, institutionellen, technologischen und gesellschaftlichen Maßnahmen. Dabei geht es weniger um isolierte Instrumente als um die Schaffung stabiler Transformationsbedingungen, die Verantwortung über Legislaturperioden hinweg sichern.

Ein wirksames Fundament bildet die CO₂-Bepreisung. Sie internalisiert externe Kosten und lenkt Investitionen in klimafreundliche Technologien. Die High-Level Commission on Carbon Prices (Stiglitz & Stern, 2017) empfiehlt Preisniveaus von mindestens 50 bis 100 US-\$ pro Tonne CO₂ bis 2030, um die Pariser Ziele zu erreichen. Entscheidend ist die sozialverträgliche Ausgestaltung: Klimadividenden oder gezielte Rückvergütungen verhindern regressiv wirkende Belastungen und erhöhen die politische Akzeptanz (Klenert et al., 2018).

Die fiskalische Dimension betrifft die langfristige Finanzierung öffentlicher Investitionen. Schulden können generationengerecht sein, wenn sie produktive Investitionen ermöglichen, die künftigen Nutzen schaffen. Bardt et al. (2022) und das DIW Berlin (2025) argumentieren, dass eine Reform der Schuldenbremse nötig ist, um Transformationen planbar zu finanzieren. Ein „Klimaschutz-Sondervermögen“ könnte Investitionen in Netze, Speicher, Bildung und Forschung über Legislaturperioden hinaus sichern und damit finanzielle Nachhaltigkeit institutionalisieren.

Auf institutioneller Ebene bedarf es Mechanismen, die kurzfristige politische Logiken korrigieren. Das SRU-Gutachten (2019) schlägt einen Rat für zukünftige Gene-

rationen vor, der Gesetzesvorhaben auf ihre langfristigen Auswirkungen prüft. Tremmel (1996) spricht von einer „intertemporalen Gewaltenteilung“, die demokratische Legitimität stärkt, indem sie Zukunftsinteressen systematisch einbezieht.

Technologisch muss die Transformation aktiv gestaltet werden. Investitionen in erneuerbare Energien, Speicher- und Netzinfrastrukturen, grüne Wasserstofftechnologien und Kreislaufwirtschaft erzeugen doppelte Dividenden: Sie mindern Emissionen und stärken Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsposition (Aghion et al., 2016; Kemfert, 2023).

Schließlich bedarf es einer gesellschaftlichen und internationalen Dimension. Generationengerechte Politik entsteht nur, wenn sie demokratisch legitimiert und global koordiniert ist. Ott und Döring (2008) betonen, dass Nachhaltigkeit deliberativ erzeugt werden müsse. Beteiligungsformate wie Klimaräte oder Bürgerforen können Legitimation stärken. Gleichzeitig bleibt internationale Solidarität unerlässlich – etwa durch Technologietransfer und Klimafinanzierung, wie es das Pariser Abkommen vorsieht (Caney, 2014; IPCC, 2023).

Zielkonflikte und Spannungsfelder generationengerechter Klimapolitik

Generationengerechtigkeit bewegt sich im Spannungsfeld von kurzfristiger Effizienz, sozialer Fairness und langfristiger Verantwortung. Diese Zielkonflikte lassen sich nicht vollständig auflösen, wohl aber durch institutionelle Mechanismen so gestalten, dass sie sich gegenseitig stabilisieren.

Ein zeitlicher Zielkonflikt ergibt sich aus der Diskontierung. Hohe Diskontraten bevorzugen Gegenwartsinteressen und führen zur Unterinvestition in Klimaschutz (Nordhaus, 2008), während niedrige oder sinkende Raten die Gleichwertigkeit zukünftiger Generationen anerkennen (Stern, 2007; Arrow et al., 2013).

Der soziale Zielkonflikt betrifft die Verteilung von Klimakosten. Ohne Ausgleich wirken CO₂-Preise regressiv; mit Rückverteilung – etwa über Klimadividenden oder Energiegeld – kann soziale Gerechtigkeit hergestellt und politische Stabilität gesichert werden (Bach, 2024).

Ein institutioneller Zielkonflikt besteht zwischen demokratischer Kurzfristlogik und langfristigen Umweltzielen. Wahlzyklen begünstigen politisches Aufschieben, obwohl generationengerechte Politik Langfristigkeit erfordert. Das SRU-Gutachten (2019) fordert daher „intergenerational checks and balances“. Zukunftsräte oder Nach-

haltigkeitsprüfungen könnten hier Korrekturfunktionen übernehmen. Schließlich erschwert der psychologische Zielkonflikt („present bias“) langfristiges Handeln, da unmittelbare Verluste stärker wahrgenommen werden als zukünftige Gewinne (Kahneman & Tversky, 1979). Eine Kommunikation, die Zukunftsvorsorge als Freiheitsgewinn und nicht als Einschränkung begreift, kann hier gegensteuern (Kemfert, 2023).

Wirtschaftspolitische Perspektiven und Fazit: Generationengerechte Politik als Zukunftsinvestition

Generationengerechtigkeit ist ökonomisch rational und politisch zukunftsweisend. Die Kosten unterlassenen Klimaschutzes übersteigen die Investitionskosten einer präventiven Politik um ein Vielfaches. Empirische Evidenz, etwa aus der jüngsten DIW-Analyse Zwei Jahrzehnte Klimakostenforschung (Kemfert, 2025) zeigt, dass präventiver Klimaschutz Wachstum, Innovation und Beschäftigung langfristig fördert und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt erhöht.

Für Deutschland bedeutet dies, Klimapolitik als Investitions- und Industriepolitik zu begreifen. Öffentliche und private Investitionen in Netze, Speicher, Digitalisierung, Forschung und Bildung erhöhen die Resilienz und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. Ein „Klimaschutz-Sondervermögen“ (DIW, 2025) kann dabei die nötige Planungssicherheit schaffen.

Auch international eröffnet generationengerechte Politik neue Handlungsspielräume. Durch Technologietransfer, faire Handelsregeln und multilaterale Kooperation kann Deutschland zur globalen Stabilisierung beitragen. So wird Generationengerechtigkeit nicht nur zu einer moralischen, sondern zu einer ökonomisch tragfähigen Grundlage internationaler Ordnungspolitik.

Generationengerechtigkeit ist der Kern nachhaltiger Klimapolitik. Sie verlangt, heutige Entscheidungen so zu gestalten, dass sie die Freiheits- und Wohlfahrtsrechte kommender Generationen sichern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat diesen Anspruch rechtlich verankert, die ökonomische Forschung – von der Stern Review über das SRU-Gutachten bis zu den aktuellen DIW-Analysen – untermauert ihn empirisch.

Eine generationengerechte Politik verbindet ökonomische Effizienz mit sozialer Fairness und institutioneller Verantwortung. Sie begreift Klimaschutz als Investition in Zukunftsfähigkeit und Freiheit. Generationengerechte Politik vereint ökonomische Effizienz mit moralischer Verantwortung – sie ist kein Kostenfaktor, sondern die Voraussetzung langfristiger Freiheit und Wohlfahrt.

Literatur

- Aghion, P., Hepburn, C., Teytelboym, A. & Zenghelis, D. (2016). *Path dependence, innovation and the economics of climate change*. Grantham Research Institute Working Paper. London School of Economics.
- Arrow, K. J., Cropper, M. L., Gollier, C., Groom, B., Heal, G. M., Newell, R. G., Nordhaus, W. D., Pindyck, R. S., Pizer, W. A., Portney, P. R., Sterner, T., Tol, R. S. J. & Weitzman, M. L. (2013). Determining benefits and costs for future generations. *Science*, 341(6144), 349–350.
- Bach, S. (2024). CO₂-Bepreisung: Klimaprämie zügig einführen, bei höheren Einkommen abschmelzen. *DIW Wochenbericht*, 42/2024.
- Bardt, H., Grömling, M. & Hüther, M. (2022). Nachhaltige Fiskalpolitik und Generationengerechtigkeit. *IW-Report*, 8/2022. Institut der deutschen Wirtschaft.
- Burke, M., Hsiang, S. M. & Miguel, E. (2015). Global non-linear effect of temperature on economic production. *Nature*, 527, 235–239.
- BVerfG – Bundesverfassungsgericht. (2021, 24. März). *Beschluss des Ersten Senats (1 BvR 2656/18 u. a.). Klimaschutzgesetz – Teilweise Verfassungswidrigkeit*. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. 157, 30 ff.
- Caney, S. (2014). Climate change, intergenerational equity and the social discount rate. *Politics, Philosophy & Economics*, 13(4), 320–342.
- DIW Berlin. (2025). Generationengerechte Schuldenregel: Reform der Schuldenbremse mit Pflicht der Daseinsvorsorge für künftige Generationen. *DIW Aktuell*, 103/2025.
- Edenhofer, O. & Jakob, M. (2017). Aligning climate policy with Sustainable Development Goals. *Annual Review of Resource Economics*, 9, 69–86.
- Hamilton, K. & Clemens, M. (1999). Genuine savings rates in developing countries. *World Bank Economic Review*, 13(2), 333–356.
- Hartwick, J. M. (1977). Intergenerational equity and the investing of rents from exhaustible resources. *American Economic Review*, 67(5), 972–974.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change. (2023). *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC.
- Kahneman, D. & Tversky, A. (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica*, 47(2), 263–292.
- Kemfert, C. (2023). *Schockwellen – Letzte Chance für sichere Energien und Frieden*. Campus Verlag.
- Kemfert, C. (2025). Zwei Jahrzehnte Klimakostenforschung: Präventiver Klimaschutz als volkswirtschaftlicher Vorteil. *DIW Wochenbericht*, 38/2025, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Klenert, D., Mattauch, L., Combet, E., Edenhofer, O., Hepburn, C., Rafaty, R. & Stern, N. (2018). Making carbon pricing work for citizens. *Nature Climate Change*, 8(8), 669–677.
- Nordhaus, W. D. (2008). *A Question of Balance: Weighing the Options on Global Warming Policies*. Yale University Press.
- Ott, K. & Döring, R. (2008). *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*. Metropolis Verlag.
- Rawls, J. (1971). *A Theory of Justice*. Harvard University Press.
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin III, F. S., Lambin, E. F., Lenton, T. M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H. J., Nykvist, B., de Wit, C. A., Hughes, T., van der Leeuw, S., Rodhe, H., Sörlin, S., Snyder, P. K., Costanza, R., Svedin, U., (...) & Foley, J. A. (2009). A safe operating space for humanity. *Nature*, 461, 472–475.
- SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen. (2019). *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – Zur Legitimation von Umweltpolitik*. Sondergutachten.
- SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen. (2023). *Umweltgutachten 2023 – Politische Verantwortung in der Anthropozän-Gesellschaft*.
- Solow, R. M. (1993). Sustainability: An economist's perspective. In R. Dorfman & N. Dorfman (Hrsg.), *Economics of the Environment: Selected Readings* (S. 179–187). W. W. Norton.
- Stern, N. (2007). *The Economics of Climate Change: The Stern Review*. Cambridge University Press.
- Stiglitz, J. E. & Stern, N. (2017). *Report of the High-Level Commission on Carbon Prices*. World Bank / Carbon Pricing Leadership Coalition.
- Tremmel, J. (1996). *Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft*. Eichborn Verlag.
- Tremmel, J. (2025). *Generationengerechtigkeit angesichts existenzieller Krisen*. Karl-Alber-Verlag.
- Unruh, G. C. (2000). Understanding carbon lock-in. *Energy Policy*, 28(12), 817–830.
- UNU-IHDP & UNEP. (2018). *Inclusive Wealth Report 2018: Measuring Progress Toward Sustainability*. Cambridge University Press.
- World Bank. (2023). *The Changing Wealth of Nations 2023: Managing Assets for the Future*. World Bank.

Title: Intergenerational justice in climate policy

Abstract: Intergenerational justice has become a central guiding principle of climate policy. It combines normative, legal, and economic perspectives on the fair distribution of freedoms, costs, and opportunities between current and future generations. This article shows that intergenerational justice is not a moral ideal, but rather a constitutional and economically justified imperative for action. Using Germany as an example, it analyses the extent to which political and fiscal mechanisms are suitable for ensuring intertemporal responsibility. Intergenerational climate policy does not appear to be a programme of renunciation, but rather an economically rational investment in the future viability of society and the economy.